



#### Zur Beachtung!

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.

Beitrag: **Steuertricks mit Zinsverrechnungen: Wie Großkonzerne Steuern vermeiden**

Bericht: Jan Schmitt, Lutz Polanz

Datum: 17.06.2021

**Georg Restle:** „Wenn Sie jetzt glauben, das alles sei schon ziemlich dreist oder ungerecht, dann sollten Sie sich mal unseren nächsten Film anschauen. Und nein, dabei geht’s nicht um Urlaub auf einer Trauminsel, sondern um Steueroasen, in denen auch große Immobilienkonzerne ihre Gewinne vor dem deutschen Staat verstecken. Dabei gibt es einen ganz besonderen Trick, der den Konzernen Milliarden einbringt, die der Staat sich dann von anderen holt. Ja, und auch dieses riesige Steuerschlupfloch sollte eigentlich gestopft werden. Sollte. Eigentlich. Jan Schmitt und Lutz Polanz.“

---

**Coni Pfeiffer:** „Also gerade das Haus hier dahinter, da steckt eine große US-amerikanische Firma dahinter, da führt die Spur der Eigentümer über Luxemburg auf die Cayman-Inseln. Bei den anderen zwei Häusern hier auf der gegenüberliegenden Seite ist es ähnlich, die Spur führt nach Gibraltar oder auch die Jungferninseln.“

Coni Pfeiffer führt uns durch die Corinthstraße in Berlin-Friedrichshain. Sie ist Sprecherin des Netzwerks „200 Häuser“. Darunter haben sich Mieter\*innen zusammengeschlossen, die sich gegen die Profitgier internationaler Konzerne wehren wollen. Denn ihre Wohnungen sind zum Spekulationsobjekt geworden. Auch das Haus von Linda Martin und Tankred Friedrich wird demnächst verkauft. Mit einer aufwändigen Recherche haben sie versucht, herauszufinden, an wen.

**Linda Martin, Mieterin:** „Man muss schon fast einen Offenbarungseid leisten mittlerweile, um eine Wohnung zu bekommen. Und Käufer können ohne Namen, ohne Anschrift, völlig anonym, einen Wohnraum, ein Haus in Deutschland erwerben. Ich finde das hochgradig ungerecht.“

Viele Spekulanten wollen anonym bleiben, auch, weil einige von ihnen sich oft unpopulärer Mittel bedienen. Tricks, um Steuern zu sparen, Gewinne außer Landes zu schaffen und den Profit zu steigern – und das ganz legal. Im Zentrum der sogenannte „Zinstrick“. Und der funktioniert so: Immobilienunternehmen, mit Sitz beispielsweise in Luxemburg, nehmen Mieten aus Deutschland ein. Nach Abzug aller Kosten bleibt der Gewinn. Auf den Gewinn müssten sie eigentlich in Deutschland Steuern bezahlen. Um die zu sparen, nehmen die Firmen Kredite von ihren eigenen Mutterkonzernen in Steueroasen auf. Und dann zahlen sie dafür so hohe Zinsen, dass der Gewinn in Deutschland extrem sinkt und als Zinszahlungen in die Steueroase wandert, wo er nicht oder kaum besteuert wird.

**Gerhard Schick, Bürgerbewegung Finanzwende e. V.:** „Über diese hohen Zinszahlungen wird praktisch der Gewinn, der eigentlich in Deutschland anfallen würde, ins Ausland geschoben und kann dann steuerfrei an die Eigentümer weitergeschoben werden. Und damit gelingt es, dass im Finanzamt in Deutschland gesagt werden kann, wir haben doch gar keinen Gewinn in Deutschland, was wollt ihr denn an Steuerzahlungen von uns?“

Der Clou: die Zinshöhe. Die Mutter in der Steueroase nimmt einen Kredit von der Bank, etwa zu günstigen 1,5 % Zinsen und gibt das Geld weiter an Tochterunternehmen zu teuren 7,5 % Zinsen. Durch solche künstlich produzierten Kosten gehen dem deutschen Staat nach Schätzungen des „Netzwerks Steuergerechtigkeit“ jedes Jahr fünf bis sieben Milliarden Euro verloren. Konzerne, die in der Öffentlichkeit kaum bekannt sind, wie die Pears Group, Carlyle oder der Optimum Evolution Fund besitzen tausende Wohnungen. Fragen dazu wollten die Unternehmen nicht beantworten. Dieses Haus in der Corinthstraße wurde beispielsweise von einer Tochter der britischen Pears Group gekauft. Danach wurden die Wohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt. Margret Barra weiß nicht, ob sie hier künftig noch wohnen kann, denn die Regelung, nach der ihre Wohnung nicht gekündigt werden darf, läuft 2023 aus.

**Margret Barra, Mieterin:** „Und jetzt ist mir so ein bisschen mulmig, weil ich jetzt nicht weiß, vielleicht wartet Pears nur einfach darauf, bis diese Regelung entfällt und schwupp, sind wir hier alle gekündigt.“

Der ehemalige Referatsleiter im Bundesfinanzministerium, Manfred Naumann, kennt sich mit diesen Steuertricks aus wie kaum ein anderer. Viele Jahre musste er zusehen, wie Unternehmen ihre Gewinne unter den Augen des Gesetzgebers in Steueroasen verschoben.

**Manfred Naumann, ehem. Referatsleiter Bundesfinanzministerium:** „Es frustriert mich, dass der Gesetzgeber – also in dem Fall auch das Bundesfinanzministerium und der Gesetzgeber – nicht

dazu in der Lage sind, so eine Regelung, die seit Jahren und Jahrzehnten gefordert wird, innerhalb von 20 Jahren in irgendeiner Form im deutschen Gesetz unterzubringen. Das ist schade.“

Er wollte das eigentlich ändern. Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat 2019 einen überraschenden Gesetzentwurf vorgelegt. Danach sollte in der Regel der Zinssatz gelten, zu dem sich der Konzern Geld von der Bank leiht. Überteuerte, interne Zinsen sollten damit passé sein. Ein großer Fortschritt. Doch dann ging es in die Verhandlungen mit der CDU/CSU-Fraktion. Und danach wurde der entscheidende Passus von einem Tag auf dem anderen einfach ersatzlos gestrichen.

**Christoph Trautvetter, Netzwerk Steuergerechtigkeit:** „Es gab einen massiven Widerstand der CDU. Der Vorschlag lag vor, er war unterschriftsreif und wurde nicht umgesetzt, obwohl er ganz gezielt eben Steuervermeidung von professionellen Investoren bekämpft hätte und damit ein wichtiges Problem auch gelöst hätte.“

Die Union meint, die bestehenden Gesetze reichen aus. Allem voran durch die sogenannte „Zinsschranke“. Der Schönheitsfehler: Sie wirkt kaum. Die Zinsschranke regelt, dass in Deutschland Zinszahlungen über drei Millionen Euro nur zu einem Teil abgesetzt werden dürfen. Aber die Unternehmen nutzen auch hier einen Trick. Sie spalten sich einfach auf. Ein Unternehmen kann bis zu drei Millionen Euro an Zinsen voll absetzen. Fünf Tochterunternehmen jeweils bis zu drei, zusammen also bis zu 15 Millionen Euro, zehn Töchter zusammen bis zu 30 Millionen Euro, und so weiter.“

Die Pears Group etwa hielt – Stand 2019 – etliche Tochterfirmen mit Namen wie Angel, Barn oder Sagittarius in Luxemburg. Sie teilten sich diesen einen Briefkasten. Darüber flossen offenbar die Gewinne ab.

**Gerhard Schick, Bürgerbewegung Finanzwende e. V.:** „Wenn man gerade im Immobilienbereich für jede einzelne Immobilie eine eigene Gesellschaft gründet, was keine großen Kosten verursacht, dann kann man trotz Zinsschranke eigentlich große Teile des Gewinns ins Ausland schieben. Die Zinsschranke ist also umgehbar.“

Trotzdem stellte sich die Union quer. Und der Bundesfinanzminister? Er zog seinen Vorschlag einfach zurück und schreibt nun, solche Maßnahmen

**Zitat:** „sollten idealerweise international abgestimmt werden“.

Doch das hat auch bisher nicht geklappt. Kritik kommt von der Opposition.

**Sven Giegold (B'90/Grüne), Europaabgeordneter:** „Das Bremsen bei Maßnahmen gegen Geldwäsche, aggressive Steuervermeidung und Steuerflucht durch die CDU/CSU hat eine lange Tradition. Was mich denn schon wundert ist, dass die SPD, die diesen guten Vorschlag gemacht hat, wenn so etwas blockiert wird, nicht laut und mit viel Öffentlichkeit den Koalitionsausschuss anruft. Bei anderen Fragen hat die SPD das gemacht. Und wenn es aber um schwere Steuer- und aggressive Steuervermeidung geht, das hatte offensichtlich nicht den notwendigen Marktwert.“

So werden wohl auch weiter jedes Jahr Milliardenprofite unbesteuert abfließen. Leidtragende sind Menschen, die sich Wohnungen nicht mehr leisten können oder jederzeit damit rechnen müssen, vor die Tür gesetzt zu werden.

---

**Georg Restle:** „Natürlich haben wir auch die Bundestagsfraktion der Union angefragt, warum sie diesen milliardenschweren Steuertrick nicht unterbunden hat. Die Antwort war ziemlich schlicht. Man verzichte auf die Beantwortung unserer Fragen. Dreister geht's dann wirklich kaum noch. Aber vielleicht hat das ja auch damit zu tun, dass man bei der Union im Bundestagswahlkampf lieber über andere Themen sprechen will als über eine dramatisch wachsende Ungerechtigkeit im Land, die CDU und CSU nach 16 Jahren an der Regierung wesentlich mitzuverantworten haben.“